

Open Government als Aufgabe für Kommunen und Verwaltung

Autoren: Christian Forsterleitner und Thomas Gegenhuber

Abstract

Gerade für die öffentliche Hand ergeben sich viele Möglichkeiten durch Internettechnologien offener und bürgernäher zu werden und dabei freies Wissen und neue Formen der Arbeit und Kooperation zu fördern. Die Prinzipien dabei sind Zusammenarbeit, Transparenz, Partizipation und freie Zugänge. Durch die Verwendung von freier Software und offene Standards können Kosten gespart und Abhängigkeiten von Konzernen reduziert werden sowie lokale Wertschöpfung entstehen. Außerdem sollen BürgerInnen Daten der öffentlichen Verwaltung nutzen und sie für verschiedenste Zwecke frei verwenden können (open data, open archives), sie sollen besser mit der Verwaltung kommunizieren, partizipieren und ihre Ideen einbringen können (e-democracy und e-government) und es sollen aus der gemeinsamen Weiterentwicklung wieder frei zugängliche Artefakte (open commons, also digitales Gemeingut) entstehen.

Einleitung

Angebote wie „SeeClickFix“¹ sind Teil eines Mosaiks einer weltumspannenden Bewegung des Open Governments („Offenes Regieren“). Zahlreiche Gemeinden und Städte bedienen sich Plattformen wie „SeeClickFix“ um BürgerInnen einen raschen und transparenten Draht zur Stadtverwaltung zu bieten, um Probleme in ihrer Nachbarschaft zu melden. „SeeClickFix“ ist eine Homepage bei der BürgerInnen auf einer Karte Probleme einzeichnen können. Die Verwaltung kann über diese Plattform die BürgerInnen über den Prozess der Schadensbehebung am laufenden halten. Der Prozess ist transparent: JedeR kann sehen, wann ein Schaden berichtet wurde und wie lange es gedauert hat bis er behoben wurde. Die Verwaltung hat auch die Möglichkeit den Schaden zu kommentieren, z.B. warum er nicht behoben wird. „SeeClickFix“ arbeitet, wie der Name schon sagt, nach dem einfachen Prinzip: Problem erkennen, anklicken und beheben.

Doch bevor wir uns ansehen, was die einzelnen Bausteine von Open Government in den Blick nehmen, ist es notwendig ein Blick auf die Umwälzungen zu werfen, die

¹ <http://www.seeclickfix.com/>

durch die Innovationskraft des Web ausgelöst wurden. Das Web verändert die Art wie wir kommunizieren. Facebook ermöglicht den Austausch innerhalb eines sozialen Netzwerks, Skype macht Videotelefonieren von einem Kontinent bis zum nächsten ohne Probleme möglich. Der Autor Thomas L. Friedman argumentiert, dass das Web eine Ursache dafür ist, dass die „Welt flach [geworden] ist“ („The World is flat“).² Was die Möglichkeit der Kommunikation betrifft, scheint Friedman richtig zu liegen. Noch vor 20 Jahren schien Videotelefonie für jedermann und jederfrau utopisch.

Grenzenlose Innovation

Im Bereich der Wirtschaft zeigt sich dieses Potential bereits auf vielfältigste Weise in Form von neuen oder zumindest erneuerten Geschäftsmodellen. Unternehmen setzen beispielsweise zunehmend darauf, Innovation außerhalb ihrer Grenzen zu suchen. Die Firma „Threadless“ produziert T-Shirts.³ Die Ideen für T-Shirts Slogans und Sprüche sammelt die Firma im Internet. Warum beteiligen sich Personen an Threadless? Erstens, ist es ein gutes Gefühl, wenn die eigene Designidee als T-Shirt produziert wird. Zweitens, vergibt Threadless Preise für jene Ideen, die tatsächlich in Produktion gehen. Die Threadless Community bewertet die eingegangenen Ideen und liefert so eine Entscheidungsgrundlage für das Threadless Management. Threadless vertraut der Weisheit der Vielen, was oft auch mit englischen Begriffen als „Crowdsourcing“ oder „Collective Intelligence“ bezeichnet wird. Die Grundidee ist folgende: Das Management mag zwar aus hochkompetenten Personen bestehen. Aber selbst wenn das der Fall ist – es wird immer jemanden außerhalb der Organisation geben, der bessere Ideen hat. Don Tapscott hat in seinem Buch Wikinomics⁴ folgende Metapher für diese Idee geprägt: Dank Crowdsourcing kann man die hohen Wälle der Organisation einreißen und für Ideen von außen öffnen.

Das Web hat die Transaktionskosten für Interaktionen zwischen weit verstreuten Menschen geradezu auf Null reduziert und ermöglicht so Einbindung in zuvor abgeschlossene Prozesse. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Innovationsplattform „InnoCentive“.. Auf dieser Website können Unternehmen Forschungsfragen ausschreiben. Im Gegensatz zu Threadless, wo die Community die besten Ideen durch Kommentare und Bewertungen filtert, ist „InnoCentive“⁵ so etwas wie ein Marktplatz für die Suche nach den besten Lösungen von Einzelpersonen. Kluge Köpfe rund um den Erdball versuchen die gestellte Forschungsfrage zu lösen und werden für die Lösung des Problems entlohnt. Das bedeutet nicht, dass Unternehmen heutzutage keine Forschungsabteilung mehr benötigen. Schließlich müssen die erlangten Erkenntnisse innerhalb der Organisation in die Realität umgesetzt werden. Aber der Grundgedanke weist auf einen fundamentalen Kulturwechsel: Weg von der

² Thomas Friedman: „The World Is Flat: A Brief History of the Twenty-First Century“, Picador, New York, 2007

³ <http://www.threadless.com/>

⁴ Don Tapscott und Anthony Williams: „Wikinomics: How Mass Collaboration Changed Everything“, Penguin Group, New York, 2008

⁵ <http://www.innocentive.com/>

Schrebergartenmentalität hin zu einer Kultur des Austauschs und schnelleren Innovation.

Web 2.0 Präsident

Aber das Web beeinflusst nicht nur die Wirtschaft. Es verändert auch die Art wie Politik gemacht wird. Präsident Obama kann zweifellos als der erste Internetpräsident bezeichnet werden. In seine Wahlkampagne hat er es verstanden, die Instrumente des Web 2.0 zu nutzen, um zuvor vereinzelte Individuen zu gemeinschaftlichem Handeln zu mobilisieren. Dies war nur möglich, weil sein Team willens war, einen Teil der Kontrolle an die AnhängerInnen abzugeben. Wer im Web 2.0 erfolgreich sein will, muss sich vom alten Modell Sender A sendet Nachricht zum Empfänger B verabschieden. Das Web 2.0 bereichert das Kommunikationsrepertoire um neue Facetten: Neben dem klassischen Modell (A sendet Botschaft zu B) ist Kommunikation wieder mehr als Gespräch zu verstehen. Also sendet A eine Botschaft, B gibt Feedback (z.B. mit einem Kommentar zu einem Artikel), was die zukünftige Botschaft von A beeinflusst. Es ist aber auch möglich, dass B von sich aus eine Botschaft absendet, die allgemeines Interesse erregt. In diesem Fall muss A auf die B reagieren. Zusammengefasst: Internet-Kommunikation ist komplexer und hat mehr unbekannte Variablen als herkömmliche Kommunikationskanäle.

Was ist Open Government?

Aber zurück zu Obama. Er setzte seinen neuen Kurs im Umgang mit dem Internet im Rahmen der „Open Government Initiative“⁶ fort. Das Weiße Haus setzt auf die Weißheit der Masse um die Politik zu verbessern. Die Open Government Initiative setzt dabei vier Schwerpunkte: Kollaboration, Transparenz, Partizipation und Leuchtturm Initiativen. Ein Beispiel: Der SAVE Award suchte Ideen für Einsparungen im Vorfeld der Budgeterstellung. Die beste Idee wurde von Präsident Obama vorgestellt und in das Budget implementiert.⁷ Ausgehend von diesem Beispiel stellt sich immer noch die Frage: Was verstehen wir unter Open Government? Reichen die Schlagwörter Kollaboration, Transparenz und Partizipation aus um diese Bewegung zu beschreiben? Der Open-Government Experte aus Kanada, David Eaves hat auf einer Konferenz in Toronto⁸ die Idee von Open Government auf den Punkt gebracht. Es geht darum, von einer Kultur des Bittens um Erlaubnis zu einer Kultur der

- a) Mitbestimmung
- b) Innovation
- c) Aktion
- d) und Meinungsbekundung

zu wechseln. In anderen Worten: Die Idee von Open Government stellt den/die BürgerIn in den Mittelpunkt und zielt auf Möglichkeiten zur fruchtbaren Interaktion abseits vom Gang zur Urne. Vergleichen wir diese Idee mit den Umwälzungen die innerhalb der Wirtschaft stattfinden. Don Tapscott hat in seinem Buch Wikinomics

⁶ <http://www.whitehouse.gov/open>

⁷ <http://www.whitehouse.gov/save-award>

⁸ Govcamp June 2010, Reference Library, Toronto, <http://govcamp.ca/govcamp-toronto/>

den Begriff „Prosumer“ popularisiert, eine Wortschöpfung bestehend aus „customer“ (Konsument) und „producer“ (Produzent). Beispiele wie Threadless zeigen, dass „prosumer“ inzwischen ein fixer Bestandteil ökonomischer Wertschöpfungsprozesses sind.⁹

Was bedeutet das für die Politik? Dank dem Web können mehr BürgerInnen in den politischen Prozess einbezogen werden. Mögliche Zielsetzungen sind mehr Rückhalt für die Politik zu bekommen oder den Service der öffentlichen Verwaltung und Unternehmen besser an die Bedürfnisse der BürgerInnen auszurichten. Gerade Städte und Gemeinden sind von allen Ebenen im politischen System die unmittelbarste Schnittstelle zu BürgerInnen. Ihre Serviceleistungen sind die Messlatte dafür, ob die Politik einen guten Job macht. Mithilfe von Open Government kann das Vertrauen in politischen Institutionen, gesteigert und damit demokratische Prozesse gestärkt werden. Aber welche Instrumente stehen zur Verfügung um das zu erreichen?

Aufbauend auf David Eaves Definition, sehen die Autoren dieses Kapitels drei Anwendungsfelder von Open Government:

- 1) *Transparenz*: Nicht-personenbezogene Datensätze wie Bebauungsplan, werden vom Archivkasten der Verwaltung auf eine Homepage transferiert. Vor allem aber gilt es Verwaltungsprozesse transparent und nachvollziehbar zu machen.
- 2) *Innovation*: Wie kann eine des Kultur des freien Wissens als Jobmotor innerhalb einer Region fungieren. Bausteine zur Förderung der Innovation sind „Open Data“ und die „Open Commons“ Region
- 3) *BürgerInnenbeteiligung*: Wie und wo können BürgerInnen in die politischen Prozesse eingebunden werden, um die Politik und den Service der öffentlichen Verwaltung zu verbessern? Wie können wir es BürgerInnen erleichtern ihre Meinung kundzutun?

Auf den folgenden Seiten werden wir uns nun diesen drei Feldern im Detail widmen.

Transparenz & Innovation: Open Data und Open Commons

Open Data: Lasst die Daten frei!

Daten sind wertvoll. Sie werden in großem Ausmaß z.B. in der öffentlichen Verwaltung kostspielig erhoben – und stehen dann nur wenigen zur Verfügung oder werden gar nicht mehr genutzt. Dabei sind sie eigentlich viel zu schade, um sie in Jahrbüchern, Archiven oder Excel-Sheets zu verstecken. Überall auf der Welt entstehen Initiativen, die die riesigen vorhandenen Datenmengen für möglichst viele Verwendungszwecke bereitstellen und frei zugänglich machen wollen. Erste sogenannte Open Government Data (OGD)-Initiativen wurden in den USA,

⁹ Don Tapscott und Anthony Williams: „Wikonomics: How Mass Collaboration Changed Everything“, Penguin Group, New York, 2008

Großbritannien, Japan, Kanada und Neuseeland meist direkt von den Regierungen oder Kommunen selbst gestartet. Dabei geht es in keiner Weise um personenbezogene Daten. Vielmehr dreht sich alles um Daten aus dem öffentlichen Sektor, die zum Teil ohnehin schon publiziert werden, aber oft verdichtet oder in Form von Textdokumenten oder PDFs in staatlichen "Datensilos" liegen, beispielsweise Volkszählungsergebnisse, Umwelt- und Verkehrsdaten, Berichte und Protokolle aus dem Parlament, Budgetzahlen etc. Diese Daten sollten in Zukunft besser genutzt und effizient wiederverwendet werden können.

Die 8 „Open Government Data Principles“ in der Übersicht:

In den USA hat die Open Government Arbeitsgruppe bereits Ende 2008 die 8 Open Government Data Prinzipien für offene Regierungsdaten formuliert.¹⁰ Um die deutsche Regierung und deutsche Behörden bei der Öffnung der Daten zu überzeugen hat die Initiative open data network¹¹ die Argumente ins deutsche übersetzt. Daten der öffentlichen Verwaltung gelten als offen, wenn sie der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich gemacht werden, die im Einklang mit den nachstehenden Grundsätzen steht:

1. Vollständigkeit

Alle öffentlichen Daten werden verfügbar gemacht. Als Öffentliche Daten werden hierbei Daten verstanden, die nicht berechtigten Datenschutz-, Sicherheits- oder Zugangsbeschränkungen unterliegen.

2. Primärquelle

Die Daten werden an ihrem Ursprung gesammelt. Dies geschieht mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad, nicht in aggregierten oder sonst wie modifizierten Formaten.

3. Zeitnah

Daten werden so zügig, wie zur Werterhaltung, notwendig zur Verfügung gestellt.

4. Zugänglich

Daten werden so vielen Nutzern wie möglich für möglichst viele Verwendungszwecke bereit gestellt.

5. Maschinenlesbar

Daten werden zur automatisierten Verarbeitung strukturiert zur Verfügung gestellt.

6. Nicht diskriminierend

Daten sind für Alle verfügbar, ohne dass eine Registrierung notwendig ist.

¹⁰ http://resource.org/8_principles.html

¹¹ <http://opendata-network.org/2010/02/8-open-government-data-principles-vollstaendigkeit/>

7. Nicht proprietär

Daten werden in standardisierten Formaten bereit gestellt, über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.

8. Lizenzfrei

Daten unterliegen keinem Urheberrecht, Patenten, Markenzeichen oder Geschäftsgeheimnissen. Sinnvolle Datenschutz-, Sicherheits- und Zugangsbeschränkungen sind zulässig.

Commons – das digitale Gemeingut des 21. Jahrhunderts – als regionaler Wirtschaftsfaktor

Der Versuch, mit Transparenz, Offenheit und freier Zugang zu Daten und Wissen eine ganze Regionen zu beflügeln, erfordert ein umfassenderes Verständnis von „open government“. Die österreichische Stadt Linz hat im Juli 2010 eine Studie mit Vorschlägen präsentiert¹², wie die Stadt mit ihrem Einzugsbereich zu einer Open-Commons-Region werden kann. Diese Idee entstand aus dem politischen Konsens in der Stadtregierung, dass das Internet und die damit verbundenen Möglichkeiten für alle Menschen frei zugänglich und nutzbar sein sollen. Dass diese Einstellung aber nicht nur dem Gemeinwohl der Gesellschaft dient, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich sein kann, ist ein relativ neuer Gedanke.

Die von der Johannes Kepler Universität Linz in Kooperation mit dem städtischen IT-Dienstleister und einem Meinungsforschungsinstitut erstellte Studie, zeigt dabei die Potentiale einer möglichst freien Weiterverwendung von unter offenen Lizenzen stehenden Daten, Programmen, Artefakten auf. Es sollen „Commons“ entstehen, virtuelles Gemeingut, und so eine Open-Commons Region werden – also eine Region, die möglichst viele Gemeingüter frei zugänglich macht und in der die Stadt, die BürgerInnen, der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft davon profitieren können.

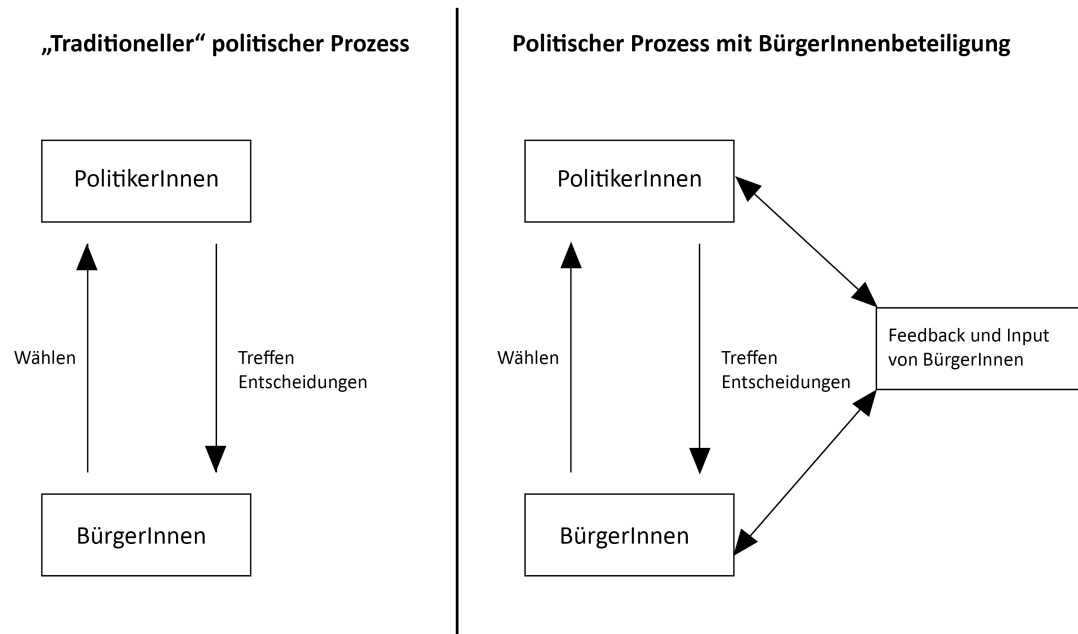
Schon bei der Erstellung der Studie wurden viele verschiedene Anspruchs- und Zielgruppen miteingebunden um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Implementierung allgemeiner Prinzipien von Offenheit und Zugang der lokalen Konkretisierung bedarf. Beteiligt waren Wirtschaftstreibende, Studierende, IT-Experten, städtische MitarbeiterInnen und Vertreter der Stadtpolitik.

Ein konkretes Projekt ist die Schaffung eines digitalen Open Archives, dass durch die Hilfe von Museen, diversen Bildungsinstitutionen und den BürgerInnen entstehen soll. Das Ziel ist es, dass Wissen der Region im Internet frei verfügbar zu machen.

¹² http://www.linz.at/images/ko-Studie_Open_Commons_Region_Linz.pdf

Auf zur Mitmachdemokratie: BürgerInnenbeteiligung

Bekannte Instrumente von Bürgerbeteiligung sind beispielsweise Stadtteilgespräche, BürgerInnenforen, Umfragen, Volksbefragungen und viele mehr. Eines haben diese Instrumente jedoch gemeinsam – sie ändern die Art wie Politik gemacht wird:



Im traditionellen politischen Prozess trifft ein kleiner Kreis von PolitikerInnen eine Entscheidung und versucht dann eine Mehrheit dafür zu finden. Die BürgerInnen sind in diesem Prozess nicht eingebunden. Der politische Prozess unter Einbeziehung der BürgerInnen ist vielschichtiger. Die Politik geht mit klaren Fragen und Problemstellungen an die BürgerInnen und holt sich Feedback ein. Natürlich beteiligen sich nicht alle BürgerInnen an diesem Prozess. Aber die Politik kann versuchen, die Weisheit der Masse anzuzapfen und bekommt ein Gefühl dafür, was die BürgerInnen wollen bzw. welche Problemfelder sie sehen. Dieses Feedback ist die Grundlage für den weiteren politischen Prozess. Wir werden in Kürze sehen – bei fast allen „Crowdsourcing“ Plattformen hat am Ende des Tages die Politik das letzte Wort. Das hat einen guten Grund: Die PolitikerInnen sind die gewählten VertreterInnen der BürgerInnen. Würden alle wichtigen Entscheidungen auf „Crowdsourcing“ Plattformen gefällt werden, würde das Prinzip der Rechenschaftspflicht außer Kraft gesetzt werden und demokratisch legitimierte Entscheidungsgremien wie z.B. der Gemeinderat umgangen. Aber werfen wir nun einen Blick auf potentielle Anwendungsfelder von „Crowdsourcing“:

Budgeterstellung

Eine umstrittene Form der Bürgerbeteiligung sind die sogenannten Beteiligungshaushalte, die vor allem in zahlreichen deutschen Kommunen angewendet werden. Die Stadt Freiburg hat einen sogenannten

„Beteiligungshaushalt“.¹³ Hintergrund für diesen „Beteiligungshaushalt“ war das Ziel, ein geschlechtergerechtes Budget zu erreichen. Der Prozess: Zuerst wurde eine Umfrage gestartet, dann folgte die Online Phase und zum Abschluss wurde eine Stadtkonferenz veranstaltet. Für die Onlinephase wurden von der Stadt 25 Budgetposten vorgegeben. Die UserInnen hat dann über eine Internetplattform die Möglichkeiten in einem Wiki Vorschläge für diese Budgetposten abzugeben. Zusätzlich konnte jedeR BürgerIn ein individuelles Budget mithilfe eines Budgetrechners erstellen. Mit Hilfe eines Schiebreglers konnte für jeden Budget entsprechend der individuellen Präferenz Änderungen vorgenommen werden. Außerdem hatten die BürgerInnen die Möglichkeit jede ihrer individuellen Entscheidungen zu begründen. Jedoch „die Kasse muss stimmen.“ Am Ende kann die BürgerIn zwar Einsparungen vorschlagen, jedoch nicht mehr ausgeben, als im Vorjahr. Der Beteiligungshaushalt ist also nicht nur eine Möglichkeit um Rückmeldungen zur Budgetpriorität zu bekommen, sondern versetzt BürgerInnen in die Situation von PolitikerInnen: Welche Prioritäten sollen wir mit begrenzten Mittel setzen? Somit kann das Verständnis für die Politik gesteigert werden. In Freiburg führte der Beteiligungshaushalt dazu, dass mehr Geld für Schulen und Betreuungsangeboten ausgegeben wurde. In der Stadt Solingen wurde das BürgerInnenbeteiligungsmodell genutzt um Verständnis für ein Sparpaket zu bekommen. „Auf der Internetseite Solingen-spart.de konnten die Bürger alle Vorschläge einen Monat lang diskutieren und einzeln bewerten. 3600 Menschen beteiligten sich und segneten auf diese Weise ein Sparvolumen von mehr als 31 Millionen Euro ab.“¹⁴ Das Modell Bürgerhaushalt scheint somit über Parteigrenzen hinweg auf Anklang gestoßen zu sein. Beteiligungshaushalte sind in Köln, Hamburg, Lichtenberg und Trier Realität.¹⁵ Mit Beteiligungshaushalten sind allerdings auch Schattenseiten verbunden:

- 1) *Partizipationsraten:* Bei den meisten Beteiligungshaushalten liegt die Beteiligungsrate zwischen 1% und 5 % der Gesamtbevölkerung. Umso niedriger die Partizipationsrate ist, umso höher die Wahrscheinlichkeit, dass sich die „üblichen Verdächtigen“ an diesen Prozessen überproportional beteiligen.¹⁶ Crowdsourcing kann so zum Instrument privilegierter Schichten und gut organisierten Lobbygruppen werden. In anderen Worten: Gut organisiert lässt sich aus einem Mückenanliegen ein Elefant machen.
- 2) *Kosten:* Ein gut organisierter BürgerInnenbeteiligungsprozess kostet ungefähr zwischen 100.000 und 200.000 Euro. Angesichts dieser Summe muss die Kosten – Nutzenrelation von Beteiligungshaushalten in Frage gestellt werden.
- 3) *Begrenzter Spielraum:* Erfahrene BudgetsprecherInnen wissen: Wie viel Budgetspielraum hat man als Kommune? Der Spielraum für massive Verschiebungen von Budgetposten ist nicht unbedingt hoch. Zahlreiche Posten innerhalb des Budgets sind Fixkosten.

¹³ <http://www.beteiligungshaushalt.freiburg.de/>

¹⁴ <http://www.zeit.de/2010/24/Politik-im-Internet>

¹⁵ <http://www.buergerhaushalt.org/>

¹⁶ vgl. Gegenhuber/Haque: „When Lobbyists don't matter“, <http://www.wikinomics.com/blog/index.php/2010/07/07/it-is-the-participation-rate-stupid/>

- 4) *Komplizierte Materie*: Gerade die Budgets innerhalb einer öffentlichen Verwaltung sind eine hochkomplexe Angelegenheit. Neben rechtlichen Fragen müssen die BudgetexpertInnen zahlreiche Detailfragen klären. Bei den meisten BürgerInnenhaushalten wird die Materie zu vereinfacht dargestellt.¹⁷

Es stellt sich daher die Frage, ob Umfragen nicht eher geeignet sind, die Bedürfnisse der BürgerInnen zu erfragen und in etwaige politische Konzepte umzuwandeln.

Stadtplanung

Während sich Beteiligungshaushalte bislang eher in kleineren Kommunen etabliert haben, finden sich im Bereich der Stadtplanung auch Beispiele größerer Kommunen wie Berlin oder Hamburg, die auf neue Konzepte der BürgerInnenbeteiligung setzen. Beide Städte nutzten Crowdsourcing um bei der Stadtplanung die BürgerInnen einzubinden und zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.¹⁸ In Hamburg ging es um die Gestaltung des Domplatzes, in Berlin suchte die Stadtverwaltung ein Konzept für den Park auf dem Gleisdreieck. Beide Städte verwendeten im Grunde das gleiche System. In Hamburg wurde der Prozess in drei Phasen unterteilt:

1. *Phase*: Entscheidung über das Grundkonzept: Soll gebaut werden oder ist es besser, den Platz als Freifläche zu erhalten? Die BürgerInnen entschieden sich für eine Freifläche.
2. *Phase*: Intensive Diskussion der gesammelten Vorschläge in Hauptforum und spezifischen Unterforen. Die Ergebnisse wurden in einem "gemeinsam zu bearbeitenden Dokument" (so genannte Wikis)" weiterentwickelt.
3. *Phase*: Die Diskussion wurde wieder auf das Hauptforum fokussiert und Vorschläge konnten bewertet werden, was zu einer Rangfolge von Prioritätensetzung führte. Auch Entwürfe von Bauplänen wurden dem Wiki hinzugefügt.

Das Ergebnis: Das Hamburger Stadtparlament („Bürgerschaft“) hat den Vorschlag leicht verändert angenommen.¹⁹ Der Domplatz ist ein Anziehungspunkt für Einheimische wie für TouristInnen. Dieses Beispiel zeigt: Die Frage in mehrer Schritte zu unterteilen bildet eine Rahmenordnung, die Diskussionen und Meinungsaustausch fokussiert. Selbstverständlich braucht man für diese Methode, wie in einem Workshop, eine Moderation für diesen Prozess. Diese Moderation hilft den UserInnen sich auf wesentliche Fragestellungen zu konzentrieren und regelwidriges Verhalten (wie persönliche Beleidigungen) zu sanktionieren.

Auch dieser Stadtplanungsprozess ist relativ aufwendig und wirft ähnliche Problemfelder auf wie die Beteiligungshaushalte. Für beide Projekte gilt: die

¹⁷ vgl. hierzu die sogenannten Budgetrechner, die ein Kernbestandteil von BürgerInnenbeteiligungshaushalten sind: http://www.budgetsimulator.com/demo_barnet

¹⁸ <http://www.hamburg-domplatz.de/>, www.gleisdreieck-dialog.de/

¹⁹ <http://www.zeit.de/2010/24/Politik-im-Internet>

Aufgaben der Politik werden durch mehr digitale BürgerInnenbeteiligung nicht unbedingt weniger oder sogar einfacher. Die Politik muss vielmehr jeweils angemessene Rahmenbedingungen und Spielregeln festlegen, um auch tatsächlich bessere Ergebnisse als mit herkömmlichen Instrumenten zu erzielen.

Zukunftsdialog

Bleiben wir in Hamburg. 2002 hat die Stadt Hamburg die BürgerInnen online konsultiert, was die Vision für Hamburg 2012 ist. Ergebnis dieses Dialogs war ein Leitbild für die Stadt Hamburg.²⁰

Eines ist klar: In der Politik wird man nicht für die Vergangenheit, sondern für die Zukunft gewählt. In anderen Worten: Hat man als Partei eine Vision wie man die anstehenden Herausforderungen für eine Gesellschaft bewältigen kann. Die Bundes SPÖ geht hier einen neuen Weg. Auf der Plattform Österreich 2020²¹ sucht die Bundes SPÖ den Input von BürgerInnen um die SPÖ inhaltlich zu erneuern. Die Onlineplattform ist technisch topp, auch das Design ist simpel und kann sich sehen lassen. Eine Bloggerin kommentiert Österreich 2020 mit: „Der Nährboden für eine blühende Partizipation ist technisch gegeben. Die Pflanzen müssen aber auch gegossen werden. Die technische Umsetzung kann Partizipation und Mitbestimmung sehr wohl unterstützen (...)bildet aber nur die Grundlage.“²² Die Bloggerin zeigt mit ihren Kommentar einen wichtigen Aspekt auf. Wer auf BürgerInnenbeteiligung setzt sollte es ernst meinen. Im Zeiten des Internets kommt man Plattformen, die auf „Partizipationsillusion“ setzen, schnell dahinter. Ist der Ruf in der Webcommunity erst einmal ruiniert, schenkt einem so schnell keiner mehr Vertrauen. Abraham Lincoln stammte der Ausspruch (den auch Bob Marley in einem seiner Songs verwendete): „You may fool all the people some of the time; you can even fool some of the people all the time; but you can't fool all of the people all the time.“²³ Mit dem Ziel BürgerInnen einzubeziehen hat die SPÖ daher eine Verantwortung gegenüber jene, die Zeit und Ideen investieren.

Ein weiterer Fehler der Plattform Österreich 2020: Was sind die Anreize um an dieser Plattform aktiv zu werden. Man darf nicht vergessen: Jede Homepage konkurriert um die Aufmerksamkeit mit anderen Angeboten im Internet. Im Fall von Österreich 2020 ist es ein Anreiz die Welt zu verbessern. Um mehr Anreize zu bieten, hätte die SPÖ den/die beste IdeengeberIn beispielsweise ein Abendessen mit Bundeskanzler Faymann anbieten können, um die Idee persönlich mit ihm zu diskutieren. Die Lehren aus den Zukunftsdialog: Neben den bereits bekannten Problem der Partizipationsrate muss man bei diesen Projekten klar vermitteln: „Ja, wir sind an neuen Ideen interessiert. Nein, wir können nicht versprechen, dass diese Ideen umgesetzt werden.“

²⁰ <http://demos.tutech.net/www.demos.tu-harburg.de/index.html>

²¹ <http://www.oe2020.at/>

²² <http://ilosweb2null.wordpress.com/2010/02/25/oe2020-at/>

²³ <http://www.bartleby.com/73/609.html>

Diese drei Anwendungsfelder von zeigen, dass „Crowdsourcing“ als Instrument um BürgerInnenbeteiligung zu ermöglichen, in Mitteleuropa Realität ist. Aber werfen wir in einer Case Study einen Blick über den Teich in die kleine texanische „Stadt“ Manor. Das Problem des Wettbewerbs um die Aufmerksamkeit der BürgerInnen wurde in Manor gut gelöst. Es stellt sich nicht nur die Frage wie man, erstens, Aufmerksamkeit erlangt, sondern auch, zweitens, wie man es schafft, dass sich die UserInnen kontinuierlich am Prozess beteiligen.

Case Study: City of Manor

City of Manor ist eine Kleinstadt in Texas mit 6.500 EinwohnerInnen. Nicht unbedingt der Ort an dem man vermutet eine Vorzeigestadt im Bereich Open Government aufzufinden. Die Kleinstadt liegt etwas nordwestlich von Austin, in der viele High-Tech Firmen angesiedelt sind.

Bei fast allen Projekten schafft es CIO der City of Manor, Dustin Haisler, auch jene BürgerInnen einzubinden, die nicht mit dem Internet bewandert sind.

Warum Open Government in einer Kleinstadt? Dustin Haisler: „Kleinstädte und Gemeinden sind viel flexibler als behäbige Bürokratien in Städten und auf Bundesebene. Wir probieren verschiedenen „Social Media“ und Open Innovation Plattformen aus. Wir glauben an ein „bottom-up“ Szenario: Wenn es in einer Kleinstadt funktioniert, kann es auch auf übergeordneter Ebene auf funktionieren.“²⁵

Auf welche Open Government Projekte setzt Manor? Ein Leuchtturm Projekt sind zweifellos die sogenannten Manorlabs.²⁶ BürgerInnen können aktiv Ideen auf die Plattform einbringen. Diese Plattform hat den Charakter eines Computerspiels: UserInnen verfügen über virtuelles Geld (sogenannte Innobucks) in dieser Plattform. Wenn Ideen umgesetzt werden, bekommt der/die UserIn mehr virtuelles Geld. Auch aktive Beteiligung erhöht die Reputation des/der UserIn. Den BürgerInnen wird vermittelt, dass nicht jede gute Idee umgesetzt werden kann. Erstens aus finanziellen Gründen und zweitens, falls es nicht in der Kompetenz der Stadt liegt.

Warum sind die BürgerInnen trotzdem aktiv? Die erworbenen Innobucks können in reale Werte wie Gutscheine von lokalen Geschäften umgewandelt werden. Außerdem gibt es Anerkennungspreise wie ein digitaler Schlüssel zur Stadt oder man kann für einen Tag Bürgermeister werden. Das ganze erinnert etwas an ein Computerspiel. Das soll es auch. „Viele können es gar nicht glauben, aber Manorlabs zeigt das Gegenteil: Innovation kann Spaß machen. BürgerInnen können Spaß daran haben ihrer Stadtverwaltung zu unterstützen neue und progressive Ideen zu entwickeln. Man muss nur die richtige Methode wählen,“ unterstreicht Haisler.²⁷ Über die Geschehnisse auf der Onlineplattform wird auch regelmäßig in der Stadtzeitung berichtet. Falls jemand keinen Zugang zum Internet hat, braucht er nur die Stadtverwaltung anrufen. Diese fügt die Idee des/der BürgerIn in die Onlineplattform ein. Laut Haisler beteiligen sich ungefähr 30 Prozent der

²⁵ Interview mit Dustin Haisler im Juni 2010 für nGenera Insight

²⁶ <http://manorlabs.org/>

²⁷ Ibid.

Bevölkerung an Manor Labs.

City of Manor hat auch zwei gute Grundvoraussetzungen die Manor Labs zum Erfolg verhelfen:

- 1) Eine Bevölkerung die neuen Technologien positiv gegenüber steht und diese auch nützt.
- 2) Im nordamerikanischen System spielen auf lokaler Ebene Parteien kaum eine Rolle. Die negativen Effekte in Form von Missbrauch eines Crowdsourcing Instruments fällt dadurch weg.

Ein weiteres Projekt sind die sogenannten QR-Codes.



28

“Ursprünglich wurde der QR-Code zur Markierung von Baugruppen und Komponenten für die Logistik in der Automobilproduktion eingesetzt”²⁹ Die Stadt Manor verwendet den QR-Code um Gebäude zu markieren. Die BürgerInnen können mit ihrem Smartphone (sofern es mit der richtigen Software ausgestattet ist) den QR-Code einlesen und die Informationen die der Code enthält aufrufen. Dies ermöglicht einen zusätzlichen Kontext zu physischen Gebäuden hinzuzufügen. Die Stadt Manor hat zu Beginn diesen Service genutzt, um BürgerInnen historische Informationen über Gebäude anzubieten. Auch wenn diese QR-Codes aufsehen erregten, “hat sich das System nur langsam durchgesetzt.“, erklärt Haisler und ergänzt: „Deshalb haben wir eine Kampagne gestartet, mit Schwerpunkt auf die Schulen. Als die Kinder das System verstanden haben, haben sie die Software auch auf den Mobiltelefonen der Eltern installiert. Das hat zum Durchbruch verholfen.“³⁰ Die QR-Codes werden nun überall in der Stadt eingesetzt. BürgerInnen können sich über den Status und Kosten von Bauprojekten informieren. Zukünftig soll die QR-Codes auch auf Geschäften zu finden sein. Mit einem Scann bekommt der Kunde Zugang zu Kupons und Bewertungen über das Geschäft von Konsumentenschutzseiten.

Schließlich verwendet die Stadt Manor auch das “SeeClickFix” System. Das Beispiel zu Beginn des Buches ist in der Kleinstadt Manor Realität. “SeeClickFix” ist das Auftragssystem für Probleme und Schäden im öffentlichen Bereich. Auch hier nimmt Manor Rücksicht auf jene BürgerInnen die kein Internet besetzt. Der BürgerIn greift einfach zum Telefon, der/die Beamtin der Stadtverwaltung fügt das Problem in die

²⁸ http://upload.wikimedia.org/wikipedia/en/9/9b/Wikipedia_mobile_en.svg

²⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/QR-Code>

³⁰ Interview mit Dustin Haisler im Juni 2010 für nGenera Insight

Onlinekarte von "SeeClickFix" ein. "Der Vorteil von diesem System liegt auf der Hand. Wir haben die Anzahl der Kommunikationsschritte reduziert, damit der Schaden behoben wird," meint Haisler.³¹ Schäden die im Onlinesystem werden automatisch von den Reperaturgruppe behoben, sofern nicht aufgrund von Kosten- oder Kompetenzfragen eine höhere Instanz einzubeziehen ist. Ist der Schaden behoben wird der/die BürgerIn automatisch benachrichtigt. Die Kommunikationswege innerhalb der Verwaltung werden somit minimiert.

Da stellt sich nun die Frage: Wie viel kostet das ganze? Erstaunlich wenig. Die Homepage der City of Manor basiert auf einer Wordpressvorlage. Manorlabs basiert auf der Plattform Spigit. Spigit, ähnlich wie SeeClickFix, machen ihr Geld nicht mit Großkunden. Es ist für selbst für Kleinstädte erschwinglich, diese Dienste zuzukaufen. Das Geschäftsmodell dieser Cloud-Computing Firmen besteht in der Skalierbarkeit: Jeder weiterer Kunde verursacht nur einen sehr geringen Anstieg bei den fixen Kosten. Umso mehr Kunden diese Firmen machen, umso höher der Umsatz. Auch die QR-Codes sind nicht teuer, da es ein offenes System ist. Unterm Strich kommt die City of Manor mit einem IT-Budget von 100.000 \$ aus. "Letztes Jahr haben wir nur 40 % davon benötigt. Wir haben arbeiten mit Firmen zusammen, die so klein und flexible sind wie wir selbst," schließt Haisler.³²

Fazit

Eine Kommune muss sich gut überlegen, welche Anwendungen sinnvoll sind. Zahlreiche Anwendungsfelder von Open Government sind noch jung und unausgereift. Also wo anfangen? Die Open Commons Idee und Open Data sind zweifellos wichtige Bausteine von Open Government. In der Frage von BürgerInnenbeteiligungsmodellen plädieren die Autoren für ein schrittweises vorgehen. Ein Zitat von Max Frisch kann hier Orientierung anbieten: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“. Systeme wie "SeeClickFix" ermächtigen die BürgerInnen auf Probleme in ihrer Nachbarschaft aufmerksam zu machen. „SeeClickFix“ setzt in der unmittelbaren Umgebung der BürgerInnen an. Vor ihrer Haustüre.

³¹ Ibid.

³² Lbid.